

GERHARD SCHÄFER (Hrsg.): Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940–1945. Eine Dokumentation, in Verbindung mit Richard Fischer zusammengestellt. Stuttgart 1968. Calwer Verlag. 507 Seiten.

Wie sehr das Herausgreifen einzelner Zitate geradezu das Bild eines Menschen verfälschen kann, läßt sich sehr gut am Beispiel des württembergischen Landesbischof D. Wurm dartun. Gerhard Schäfer weist in seiner Einführung zu dem Dokumentationsband darauf hin, daß Wurm nach der Machtergreifung durch Hitler im Frühjahr 1933 bereit war, „die nationale Erhebung zu bejahen“, daß er sich an den ersten Schritten zur Eingliederung seiner Landeskirche in eine „starke national eingestellte Reichskirche“ beteiligte, freilich dann in zunehmendem Maße Bedenken gegen den deutschchristlichen Kurs anmeldete. „Vaterländische Gesinnung war und blieb bei Wurm ein starkes Motiv seiner Haltung zur Frage des Volkes und des Staates.“ Offenkundiges Unrecht freilich vermochte er nicht gutzuheißen. Dann war es das Amt der Kirche, mahnend Einspruch zu erheben, auch auf die Gefahr hin, dann Verfolgungen ausgesetzt zu sein. Aktiver politischer Widerstand jedoch war nach seiner Ansicht nicht erlaubt. Aufgrund der von Richard Fischer gesammelten Dokumente stellte Gerhard Schäfer eine Auswahl zusammen, die die verschiedenen Aspekte des Verhältnisses von Landesbischof Wurm und seiner Kirche zum nationalsozialistischen Staat beleuchten¹. Er weist daraufhin, daß „nie ganz zu klären sein“ wird, was in den Äußerungen des Landesbischofs „an Staats- und Parteistellen vordergründige Anpassung an Sprechweise und Horizont dieser Stellen, aber nicht eigene und eigentliche, letzte Grundanschauung war“. Aber er meint, daß die Empfänger der Briefe wußten, wie die meisten Gemeinden hinter ihm standen. Das habe seinen Briefen ein besonderes Gewicht verliehen. Ein eigenes Kapitel der Dokumentation ist überschrieben: Die Judenfrage. Es ist in die Abschnitte gegliedert: Betreuungs- und Hilfeversuche in Württemberg, die Haltung kirchlicher Stellen im Reich, Wurms Proteste gegen die Ermordung der Juden. Ende 1938 wurde beim Landesverband der Inneren Mission in Stuttgart eine „Hilfsstelle für nichtarische Christen“ eingerichtet, die freilich nur in minimaler Weise vom Oberkirchenrat finanziell gestützt wurde und deren Wirkungsmöglichkeit sehr begrenzt war². Einzelne Pfarrer und Gemeindeglieder leisteten in Einzelfällen Hilfe, auch sogenannten Glaubensjuden. Gegen das Rundschreiben der Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche vom 22. 12. 1941, das den Ausschluß getaufter Juden aus dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinden forderte, wandte sich D. Wurm in einem Schreiben vom 27. 1. 1942 unter Berufung auf das Evan-

gelium, das den Ausschluß getaufter Nichtarier nicht rechtfertige. In zahlreichen Eingaben und Briefen an Hitler und andere Größen des Dritten Reiches protestierte er gegen die Verfolgung der Juden, ganz gleich, ob sie getauft waren oder nicht. W. E.

HEINRICH WILHELMI: Die Hamburger Kirche in der nationalsozialistischen Zeit. Göttingen 1968. Vandenhoeck und Ruprecht. 328 Seiten.

Als Miterlebender und Miterleidender war Heinrich Wilhelmi berufen, die Geschichte der Hamburger Kirche in der nationalsozialistischen Zeit 1933–1945 zu schildern. Wenn das Manuskript, wie es im Vorwort heißt, bereits um 1960 abgeschlossen war, das Erscheinen des Buches sich aber bis 1968 verzögert hat, so daß es der Verfasser nicht mehr erleben konnte, so wird man sich fragen dürfen, wie diese Verzögerung zu erklären ist. Sollte es daran liegen, daß der Verfasser schonungslos in seinem Urteil ist? In seiner Darstellung nimmt der Gegensatz zwischen Landesbischof Simon Schöffel und seinem Nachfolger Franz Tügel einen breiten, ja beherrschenden Raum ein. Er kommt zu dem Ergebnis, daß Schöffel, wiewohl er 1934 zum Rücktritt genötigt wurde, 1933 jedenfalls nicht zu Unrecht als Freund und Förderer des Nationalsozialismus galt, daß seine Loyalität zwar dem Staat, also auch dem NS-Staat, galt, und zwar so sehr, daß er nichts tat und sich an nichts beteiligte, „was nur im entferntesten als Opposition gegen den Staat gedeutet werden konnte“, er sich rundweg z. B. weigerte, für Niemöller einzutreten. Seine Reden über Volkstum, Blut und Rasse waren zumindest mißverständlich. Noch verhängnisvoller war die Rolle, die Franz Tügel gespielt hat. Von Hause aus bereits nationalistisch eingestellt, verband er bereits um 1930 sein Bekenntnis zum Luthertum mit einer direkten Förderung des Nationalsozialismus, trat dann auch selbst in die Partei ein. Im Anschluß an Thesen Stoeckers wandte er sich zwar gegen den Rassenantisemitismus, lehnte aber im gleichen Atemzug „den Geist des Judentums“ ab, so in einem Vortrag in Ahrensburg, 10. Juni 1932 (S. 32). Das Alte Testament verteidigte er als „eine Sache des Dogmas . . . Wer daran tastet, vergreift sich an der christlichen Wahrheit selbst“, gibt aber im selben Augenblick die Juden der Verfolgung preis (S. 32 f.). Mit getauften Juden freilich verkehrte er von Jugend auf nicht ungern, vollzog auch in seinen ersten Amtsjahren Judentaufen. Der Berliner Professor Adolf Lasson war ihm ein Beispiel dafür, „daß ein wahrhaft bekehrter Vertreter jener anderen Rasse nicht nur Christ werden kann, sondern auch gesamtgeistig der gefährlichen Macht des geistig zersetzenden Judentums entnommen ist“ (S. 37). Wilhelmi zeigt, daß derartige Anschauungen nicht vereinzelt waren. So hatte Pastor Hahn, ein Freund der Judenmission, der gegen den Arierparagraphen Stellung bezog, 1922 eine Schrift „Die Judenfrage“ veröffentlicht und darin erklärt: „Niemand darf der Jude dem Deutschen Führer sein, es sei denn, daß er dem christlichen Geiste und dem deutschen Wesen sich von Herzen zu eigen gegeben habe“ (S. 123). Der Führer der Freikirchen verwahrte sich am 30. März 1933 gegen die Greuelpropaganda der angeblichen Judenverfolgung (S. 85). Ein trauriges, aber notwendiges Buch. W. E.

ALFRED DOBLIN: Reise in Polen. Ausgewählte Werke in Einzelbänden. In Verbindung mit den Söhnen des Dichters herausgegeben von Walter Muschg †, weitergeführt

¹ Vgl. Stuttgarter Erklärung s. o. S. 53, Anm. 1.

² Bezeichnend für die damalige Situation ist: Obwohl „die Wirkungsmöglichkeit der ‚Hilfsstelle für nichtarische Christen‘ sehr begrenzt war“, gab es noch „stille“ Hilfe, die sich nicht in einem Büro niederschlug. Einer der nächsten Mitarbeiter von Bischof Wurm vermittelte den Zugang zu leitenden Persönlichkeiten in den Landeskirchen der Bekenntnenden Kirche, eigens damit diese Sorge trugen, so daß sich in einem über das damalige Deutschland gespannten Netzwerk solch stiller Hilfe, in Zusammenarbeit der Konfessionen für die durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, in den Gemeinden Helfer zur Verfügung stellten. Dies war in den Jahren der Deportationen. Es war eine Hilfe von Mensch zu Mensch, die nach den ständig wechselnden Umständen, unterschiedlich auch von Ort zu Ort, anzupassen und zu improvisieren war. Sie galt überwiegend den Juden; diese und die jüdischen Organisationen insbesondere waren noch isolierter als die Christen dieser Gruppe. (Anmerkungen von Gertrud Luckner.)